

Inland

Jugendgewalt

Keine einfachen Lösungen

Der Bund ist beunruhigt über das Phänomen Jugendgewalt. Die Kommission für Jugendfragen mahnt, die Zahlen nicht überzubewerten.

Die Jugendgewalt beschäftigt die Politik. Gestern diskutierten die Bundesratsparteien mit einer Bundesratsdelegation an den Von-Wattenwyl-Gesprächen darüber. Konkrete Massnahmen wurden aber keine beschlossen. Wie Bundesratssprecher Oswald Sigg vor den Medien erklärte, hat der Bundesrat einzig festgestellt, dass die «Jugendgewalt in beunruhigendem Ausmass» besteht. Dabei werde Gewalt oft in Gruppen praktiziert, oft sei Alkohol im Spiel und in der Regel seien männliche Jugendliche involviert. Der Bundesrat stellte laut Sigg weiter fest: Die Jugendstrafurteile zeigten, dass auffällig viele Ausländer Straftäter seien. Als Lösungen schlägt der Bundesrat vor, vermehrt die Eltern bei der Erziehung zu unterstützen, die Zusammenarbeit zwischen Polizei- und Einbürgerungsbehörde zu verstärken und die Präventionsarbeit zu intensivieren. Da der Bund für die Jugendpolitik nicht zuständig ist, handelt es sich dabei nur um Empfehlungen.

Zum Thema nahm auch die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) Stellung, und zwar mit Relativierungen: Gewalt sei nicht primär ein Problem der Jugend und der Ausländer. Zurzeit würden «unseriöse Zahlenschlachten» geführt. Die Statistiken der letzten Wochen seien nur bedingt brauchbar und würden zu parteipolitischen Zwecken missbraucht, so die Kommission mit Blick auf die SVP, die vorab repressive und ausgrenzende Massnahmen gegen ausländische Straffällige vorschlug (vgl. Ausgabe vom Dienstag). Die EKKJ bezeichnet dies als Symptombekämpfung. Stattdessen weist sie darauf hin, dass die Ursachen komplex seien, weshalb einfache Lösungen keine Antworten seien. (mob)